

Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA! (Michael Aebersold, SP/Verena Furrer-Lehmann, GFL/Natalie Imboden, GB) vom 28. April 2005: Autofreies Pilotprojekt in der Stadt Bern lancieren; Abschreibung

An der Stadtratssitzung vom 28. April 2005 wurde eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Mehr als die Hälfte aller Stadtberner Haushalte leben ohne Auto. Das Bedürfnis nach autofreiem Wohnen ist nicht nur in Bern gross: Verschiedene Städte im Ausland haben bereits autofreie Siedlungen gebaut oder planen solche. Leider war in der Stadt Bern aufgrund harter Standortkämpfe bislang noch keinem autofreien Siedlungsprojekt Erfolg beschieden. Und doch hat sich auf der politischen Ebene einiges bewegt. So wurde in der Vereinbarung vom 25. September 2001 zwischen dem Gemeinderat der Stadt Bern und dem Verein „Läbige Stadt“ unter der Ziffer „Neuüberbauungen vom MIV frei halten (autofrei/-arme Siedlungen)“ die Bedeutung einer ersten autofreien/-armen Siedlung zur Realisierung weiterer solcher Siedlungen anerkannt. Der Gemeinderat verpflichtete sich damals, das Pilotprojekt Viererfeld zu unterstützen.

Am 17. März 2005 überwies der Stadtrat die Richtlinienmotion „Aktive Wohnpolitik: Massnahmen für die Legislaturplanung 2005-2008“ der Fraktionen SP, GFL und FDP. Darin wird die Vorbereitung eines ersten autofreien Pilotprojektes gefordert. Bis Ende 2006 soll eine Vorlage einer Wohnplanung, die eine autofreie Siedlung analog der Planung „Viererfeld“ zum Gegenstand hat, den Stimmberechtigten vorgelegt werden. Gleichentags wurde ein Postulat des Grünen Bündnisses überwiesen, wonach eine neue Planung für die Schaffung einer autofreien Siedlung auf dem Viererfeld Süd zu prüfen ist. Um einen geeigneten Standort für autofreies Wohnen zu finden, sind in einem ersten Schritt Kriterien zu definieren. Dazu gehören unter anderem:

- Die Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr, Fuss- und Velowegen sowie die Nähe zu gut frequentierten Bahnhöfen;
- Die quartiernahe Infrastruktur (Schulen, Einkaufen, Kultur, Freizeit, Grünraum etc.);
- Die Grösse bzw. Anzahl Wohneinheiten;
- Vorgaben an den Lärmschutz und die Nähe zu Hauptverkehrsachsen.

Gleichzeitig mit der Stadtratsvorlage ist zudem eine glaubwürdige Abklärung der Nachfrage vorzulegen. Damit in der Stadt Bern ein autofreies Pilotprojekt termingerecht realisiert werden kann, wird der Gemeinderat beauftragt:

1. Kriterien für die Standortwahl zu definieren und deren Gewichtung/Priorisierung für die Beurteilung von potentiellen Standorten festzulegen.
2. Mögliche Standortgebiete auszuwählen, aufgrund der definierten Kriterien zu bewerten und ein Areal für ein Pilotprojekt auszuwählen.
3. Eine Strategie für die Investorensuche festzulegen und – soweit möglich – mit potentiellen Investorinnen und Investoren bereits Verhandlungen aufzunehmen resp. zu führen.
4. Dem Stadtrat zeitgerecht, d.h. so terminiert, dass die Vorlage dem Berner Stimmvolk bis Ende 2006 vorgelegt werden kann, einen Bericht über die Punkte 1-3 vorzulegen.

5. Dem Stadtrat zeitgerecht eine Vorlage für eine qualitativ hoch stehende autofreie Überbauung (Wettbewerbsverfahren) vorzulegen.

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt der Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 28. April 2005

Motion Fraktionen SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA! (Michael Aebersold, SP/Verena Furrer-Lehmann, GFL/Natalie Imboden, GB), Raymond Anliker, Rolf Schuler, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Beat Zobrist, Giovanna Battagliero, Maya Widmer, Ueli Stückelberger, Sarah Kämpf, Gisela Vollmer, Andreas Krummen, Miriam Schwarz, Stefan Jordi, Patrizia Mordini, Claudia Kuster, Thomas Göttin, Christof Berger, Ruedi Keller, Andreas Flückiger, Margrith Beyeler-Graf, Andreas Zysset, Franziska Schnyder, Myriam Duc, Anne Wegmüller, Karin Gasser, Urs Frieden, Catherine Weber, Annette Lehmann, Erik Mozsa, Gabriela Bader Rohner, Martin Trachsel, Nadia Omar, Anna Coninx, Conradin Conzetti, Anna Magdalena Linder, Rania Bahnan Buechi, Hasim Sancar

Bericht des Gemeinderats

Die Motion wurde vom Stadtrat am 16. Februar 2006 erheblich erklärt.

Um das Wohnen in nachhaltigen Siedlungen, die energiesparende und ökologische Bauweise mit qualitativ hochstehenden Mobilitätsangeboten als valable Alternative zum Autobesitz zu vereinen, besteht in der Region Bern ein ausgewiesenes Interesse. Eine von der Stadt Bern, der Gemeinde Ostermundigen, dem Kanton Bern, der IG Oberfeld Ostermundigen und dem VCS Regionalgruppe Bern in Auftrag gegebene Marktstudie weist nach, dass in der Stadt Bern rund 8 800 Haushalte auf den Autobesitz vertraglich verzichten würden, wenn notwendige Infrastrukturen und Mobilitätsdienstleistungen in der Nähe zur Verfügung stehen. Diese Haushalte bilden den Kern des Marktpotentials für autofreies Wohnen. Das höchste Interesse ist - erwartungsgemäss - bei Haushalten ohne eigenen Autobesitz vorhanden. Vorteile sehen die interessierten Haushalte insbesondere in der geringen Lärm- und Abgasbelastigung, den entstehenden Grün- und Spielflächen, das gefahrlose Spielen für Kinder und der Beitrag an den Umweltschutz.

Energieeffiziente Bauweise, bedürfnisgerechte Mobilitätsangebote sowie alters-, behinderten-, kindergerechte und gemeinschaftsfördernde Architektur und Siedlungsgestaltung bilden die Eckpunkte nachhaltigen Wohnens. Mit der Überbauungsordnung Stöckacker Süd liegt eine Vorlage für eine qualitativ hochstehende autofreie Siedlung vor. Das zugehörige Projekt wurde aus einem offenen Wettbewerbsverfahren nach SIA-Ordnung ermittelt. Für die insgesamt 143 Wohneinheiten werden unterirdisch 16 Mieter- und 7 Besucherparkplätze zur Verfügung stehen. Mit 0,16 Autoabstellplätzen pro Wohnung wird die Anforderung für ein autofreies Wohnen erfüllt.

Der Gemeinderat erachtet das Begehren, ein autofreies Pilotprojekt in der Stadt Bern zu lancieren, mit der Marktstudie für nachhaltiges Wohnen im Raum Bern und der Überbauungsordnung Stöckacker Süd als erfüllt. Dem Stadtrat wird deshalb die Abschreibung der Motion beantragt.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Interfraktionelle Motion SP/JUSO, GFL/EVP, GB/JA! abzuschreiben

Bern, 21. Dezember 2011

Der Gemeinderat